



Bildungsgipfel: Wirtschaft fordert großen Wurf für die Bildung

Gemeinsame Erklärung der vier Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft zum Bildungsgipfel

20. Oktober 2008. Der Bildungsgipfel von Bund und Ländern ist eine einmalige Chance, die notwendigen Reformen im Bildungssystem zu bündeln und voranzutreiben. Wir unterstützen den Anstoß der Bundeskanzlerin, Bildung auf allen Ebenen zur Chefsache zu machen. Wir hoffen, dass die Ministerpräsidenten der Länder gemeinsam mit der Kanzlerin eine Gesamtstrategie vereinbaren, die die Qualität von Bildung in allen Bereichen verbessert.

Der Bildungsgipfel darf sich nicht in Zuständigkeitsfragen verheddern, sondern muss ein kräftiges Signal zum gemeinsamen Aufbruch geben. Die Unternehmen in ganz Deutschland erwarten, dass alle Verantwortlichen im Rahmen einer breiten nationalen Qualifizierungsinitiative an einem Strang ziehen. Denn es ist von entscheidender Bedeutung für das deutsche Bildungssystem, ein neues Qualitätsbewusstsein zu erreichen, das sich von der vorschulischen und schulischen Erziehung und Bildung über die berufliche Aus- und Weiterbildung bis in die Hochschulbildung erstreckt.

Nach dem PISA-Schock sind in allen Bundesländern Weichen neu gestellt und Reformen in die Wege geleitet worden. Die Reformanstrengungen haben den „schweren Tanker“ Bildung aber noch nicht wenden können. Hierzu bedarf es Zeit, aber auch zusätzlicher Initiativen. Die Schülerzahl wird in den nächsten Jahren deutlich sinken. Dadurch entsteht schon 2012 ein finanzieller Spielraum von 8 bis 10 Mrd. Euro pro Jahr. Dieses Geld muss unbedingt für eine Qualitätssteigerung in der Bildung genutzt werden. Und der Fortschritt muss messbar gemacht werden. Bund und Länder müssen beim Bildungsgipfel dazu konkrete Zielmarken festlegen.

Der auf Fachministerebene zwischen Bund und Ländern vorab verabredete Maßnahmenkatalog zeigt, dass in vielen Punkten Einigkeit zu erzielen ist. Die Ministerpräsidenten der Länder sind nun am Zug, dies aufzugreifen und um konkrete Ziele zu ergänzen, damit „ein großer Wurf“ gelingt.

Für die Umsetzung sichert die Wirtschaft Bund und Ländern ihre Unterstützung zu. Neben dem Engagement in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, in das die Unternehmen jährlich rd. 55 Mrd. Euro investieren, stehen die Unternehmen, Kammern, Verbände und Bildungseinrichtungen der Wirtschaft Kindergärten, Schulen und Hochschulen als Kooperationspartner und Impulsgeber zur Verfügung.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Bundesverband der Deutschen Industrie

Deutscher Industrie- und Handelskammertag

im Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin

Zentralverband des Deutschen Handwerks
Mohrenstraße 20 / 21
10117 Berlin

Die Forderungen der Wirtschaft im Einzelnen:

- **Ausbau frühkindlicher Bildung:** Verbindliche Sprachstandsfeststellung und kostenfreie Sprachförderung der deutschen Sprache vor der Einschulung sind essentiell. Zur Einschulung müssen alle Kinder vor allem auch über ein obligatorisches beitragsfreies Vorschuljahr so sprachkundig sein, dass sie aktiv am Unterricht in deutscher Sprache teilnehmen können. Damit die Kindergärten ihren immer anspruchsvolleren Aufgaben gerecht werden können, muss bis 2015 mindestens die Hälfte der Kindergartenleitungen über eine pädagogische Hochschulausbildung oder vergleichbare Kompetenzen verfügen.
- **Halbierung der Schulabbrecherquote:** Jedes Jahr verlassen rund 80.000 Jugendliche die Schulen ohne einen Schulabschluss. Für den Schulabgänger bedeutet das viel zu oft den Einstieg in die spätere Arbeitslosigkeit, für die Gesellschaft jährliche enorme Kosten. Deshalb muss der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss bis zum Jahr 2015 von 8 % auf 4 % halbiert werden.
- **Bedarfsgerechtes Ganztagsangebot:** Schule ist nicht mehr nur ein Lernort. Die Bedeutung von Erziehung und Sozialisation in der Schule nimmt immer mehr zu. Um die Zahl ausbildungs- und studienreifer Jugendlicher zu erhöhen, muss das Ganztagsangebot in den nächsten 5 Jahren bedarfsgerecht ausgebaut und damit die individuelle Förderung der Schüler verstärkt werden.
- **Ökonomische Bildung und verbindliche Berufsorientierung in allen Schulen:** Wirtschaftliche Zusammenhänge müssen den Schülern besser nahe gebracht werden, als es Lehrer und Schulbücher bislang gelingt. Zudem sollte eine verbindliche Berufsorientierung und Kompetenzprofilerstellung Kinder und Jugendliche bereits ab der 7. Klasse dabei unterstützen, ihre Interessen und Fähigkeiten besser einschätzen zu können.
- **Sicherung des Übergangs von der Schule zur Ausbildung:** Der Anteil der nicht ausbildungsreifen Schulabgänger von heute 20 % muss auf 10 % sinken. Ebenso wichtig ist eine Halbierung des Anteils der 20 bis 29-Jährigen ohne Berufsabschluss bis zum Jahre 2015. Dafür müssen ausbildungsbegleitende Hilfen verstärkt eingesetzt werden. Bestehende betriebliche Angebote, wie z.B. die Einstiegsqualifizierung, müssen noch stärker als bisher dazu genutzt werden, Jugendlichen den Übergang in Ausbildung zu ermöglichen.
- **MINT stärken – von frühkindlicher bis hin zu hochschulischer Bildung:** Interesse an naturwissenschaftlichen und technischen Berufen muss nicht nur frühzeitig geweckt, sondern im gesamten Bildungslauf gefördert werden. Vom Kindergarten bis zur Hochschule sollten Anreize und Rahmenbedingungen geschaffen werden, den dringend notwendigen Fachkräftenachwuchs in diesem Bereich sicher zu stellen.
- **Durchlässigkeit von beruflicher zu hochschulischer Bildung erhöhen:** Hochschulzugang und -zulassung für Absolventen beruflicher Aus- und Weiterbildung müssen länderübergreifend transparenter, verbindlicher und deutlich erleichtert werden. Zumindest für Meister, Fachwirte und Fachkaufleute muss der Hochschulzugang bundesweit ohne Fachbindung möglich sein, für erfolgreiche Absolventen einer Berufsausbildung zumindest der fachgebundene Hochschulzugang.